Nr. 49 | 2023

Wir

Älteren in den Gewerkschaften in Bremen und Bremerhaven

GESCHICHTE

Der Lebensweg von Anni Gondro » 18

REGIONAL

Bürgerschaftswahl 2023: Nach der Wahl... » 20

WIRTSCHAFT

Der Abbau von Schiffen unter deutscher Flagge » 24

EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser,

es ist mitunter ärgerlich, dass der Redaktionsschluss unserer Zeitung so früh ist. So können wir auf tagesaktuelle Ereignisse und Nachrichten nicht entsprechend reagieren. Ein Beispiel sind die Hitzerekorde mit den katastrophalen Bränden, die nun auch Europa erreichen und den Lebensraum einschränken. Ein weiteres ist die Forderung des frisch ernannten CDU-Generalsekretärs Linnemann, das Grundrecht auf Asyl aus unserer Verfassung zu streichen. Wir erinnern uns: der Artikel 16a, der politisch Verfolgten Schutz und Sicherheit garantieren soll, wurde im Grundgesetz vor dem Hintergrund der Verfolgung von Millionen Menschen im Dritten Reich verankert. Viele von ihnen fanden Schutz im benachbarten Ausland.

Weit weniger Neues lässt sich über den Krieg in der Ukraine berichten. Der Stellvertreterkrieg zwischen NATO und Russland auf dem Territorium der Ukraine hat sich zum Stellungskrieg entwickelt. Täglich sterben Menschen, werden verstümmelt und traumatisiert, wird das Land weiter zerstört. Selbst führende US-Militärs kommen zu dem Schluss, dass der Krieg militärisch von keiner Seite zu „gewinnen" ist. Dagegen wollen Rüstungskonzerne und Bundesaußenministerin Baerbock die Ukraine weiterhin zum „Sieg" tragen. Seit Frühjahr 2022 liegt ein fertiges Waffenstillstandsabkommen auf dem Tisch. Wo bleiben die diplomatischen Initiativen unserer Regierung?

Trotz aller schlechten Nachrichten ist uns, so glauben wir, wieder ein buntes Heft gelungen. Wir wünschen euch viel Freude beim Lesen.

Über Zuschriften – egal ob positive wie negative – freuen wir uns.

Eure WIR-Redaktion

SOCIAL MEDIA

Ihr findet uns auch bei Facebook, Instagram und Twitter. Schaut gerne vorbei!

SeniorInnenzeitung Wir seniorinnenzeitungwir @wirbremen

INHALT

03 **„Völlig bekloppt!"**
Wolfgang Bielenberg

05 **Bis auf den letzten Tropfen**
Wolfgang Schröder

08 **Sicherung der Wärmeversorgung in Deutschland**
Udo Hannemann

09 **Kulturschaffende, das kreative Prekariat**
Ulrike Kleinert

10 *Interview*
Auch Soloselbstständige können sich organisieren
Ulrike Kleinert | Traudel Kassel

12 **Moin leev Lesers van dat Journal WIR**
Beenhard Oldigs

13 **Dann gibt es nur eins – SAGT NEIN!**
Traudel Kassel

16 **Ist unsere ambulante Gesundheitsversorgung in Gefahr?**
Marlene Henrici

17 *Erdichtetes*
Jetzt erst recht
Frank Warneke

18 **Anni Gondro – engagierte Gewerkschafterin und Frauenrechtlerin**
Marlene Henrici

20 **Nach der Wahl...**
Willi Derbogen

22 **Auf verlorenem Posten?**
Martin Zülch

24 **Das Recht der Flagge**
Klaus Meyer

26 *Lesenswert*
Deutschland, deine Kolonien
Marlene Henrici

27 **Te recuerdo Chile 1973 - 2023**

27 **Impressum**

28 *Veranstaltungen*
Tag der älteren Generation am 30. September 2023

Wolfgang Bielenberg

Foto: Letzte Generation

„Völlig bekloppt!"

So bezeichnete unser Bundeskanzler Scholz vor Schülern die Aktionen der „Letzten Generation". Deren Klimaschutzaktivist:innen machen regelmäßig durch Sitzblockaden auf sich aufmerksam. Dabei kleben sie sich häufig fest – an Straßen oder auch an Kunstwerken.

Mit seinem Urteil befeuert Scholz die Verurteilung der Klimaproteste. Nachdem Medienvertreter und Politiker:innen in Berlin vergeblich den Tod einer Radfahrerin den Demonstrant:innen in die Schuhe schieben wollten (angeblich wurde durch die Demonstration der Einsatz eines Rettungsfahrzeugs behindert), verschärften Länder wie Bayern ihre Gesetze und steckten Aktivisten in den Knast. Einzelne Richter machten kurzen Prozess: Mehrere Demonstranten wurden zu mehrmonatigen Gefängnisstrafen ohne Bewährung verurteilt.
Im Mai durchsuchte die Polizei auf Antrag der Staatsanwaltschaften Bayern und Brandenburg bundesweit Wohnungen von Mitgliedern der „Letzten Generation".
Der Vorwurf: Verdacht auf Bildung einer kriminellen Vereinigung nach § 129 Strafgesetzbuch. Damit folgen die Behörden dem Weg, den CSU-Chef Dobrindt mit seiner Warnung vor einer sich bildenden „Klima-RAF" beschritt: Die Gleichsetzung der Demonstranten mit Terroristen.

Dabei ist die juristische Einordnung der vorgeworfenen Delikte – Nötigung, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und Sachbeschädigung – durchaus strittig.
Der Vorwurf der Nötigung könnte gegen jede Demonstration (auch gewerkschaftlich organisierte!) erhoben werden und würde damit das Grundrecht der Versammlungsfreiheit in Frage stellen. Ein Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte ist nachzuweisen und – wie eine Sachbeschädigung - für jeden Einzelfall zu prüfen. Keinesfalls rechtfertigt jeder der Vorwürfe die Gleichsetzung mit Terrorismus!

Neben dem Versuch ihrer Kriminalisierung wird den Protestierenden vorgeworfen, dass sie durch ihre Aktionen „ihrer Sache schaden". Das impliziert, dass die Bevölkerung die Proteste in ihrer Mehrheit ablehnt und dass die Regierung ▶

schon genug tut. Zumindest letzteres ist nicht so. Nachdem das Bundesverfassungsgericht schon der letzten Bundesregierung verfassungswidrige Untätigkeit vorwarf, bewegt sich unter der Ampelregierung bis heute wenig. Im Gegenteil: Dem Bundesverkehrsminister Wissing wird gestattet, die von der Regierung selbst gesetzten Klimaziele nicht einzuhalten. Die Einführung eines CO_2-einsparenden und leicht umzusetzenden Tempolimits auf den Straßen wird von der FDP blockiert. Vom neuen Gebäudeenergiegesetz ist – nachdem es schon in der Entstehung von einer Allianz von AFD, CDU/CSU, FDP und Springerpresse unter schwerstem Beschuss stand – nur noch wenig übrig geblieben. Die Umsetzung für Haushalte wird in die Zukunft verschoben. Die Politik der Ampelregierung wird ihren Anteil zur Erreichung des globalen Ziels – den weltweiten Temperaturanstieg unter zwei Grad Celsius zu halten – nicht erfüllen. Damit handelt sie weiter verfassungswidrig.

Dies zu verdecken ist das eigentliche Ziel der Angriffe auf die „Letzte Generation“ und andere Klimaaktivisten.

Die Demonstrationen von „Fridays for Future“ ließ man trotz Verstöße gegen die Schulpflicht (nach anfänglichem Unmut) gewähren. Der Unterrichtsaufall – wenig gegenüber dem durch den Lehrermangel verursachten – tut nicht weh.
Die Aktionen der „Letzten Generation“ stören nun die öffentliche Ruhe und Ordnung.

Wir sollen die Regierung gefälligst machen lassen. Der Klimawandel – so der grüne Ministerpräsident Baden-Württembergs Kretschmann sei eine „Zeitenwende“, an die wir uns anpassen müssten. Klimaproteste hält er für „nutzlos“.

Anpassen? An den steigenden Meeresspiegel, der weltweit Lebensraum raubt? An Überschwemmungen wie die im Ahrtal? An Dürren, die Landschaften in Steppen verwandeln und Menschen aus ihrer Heimat vertreiben? An Hitzewellen, die Wälder verbrennen und tausenden vor allem älteren und kranken Menschen das Leben kosten? Resignieren oder von der Regierung das fordern, was ihre Aufgabe ist: Endlich effektiv und konsequent zu handeln!

Die „Letzte Generation“ antwortete Bundeskanzler Scholz umgehend: "Herr Scholz, wie können Sie es wagen, sich vor die Kinder zu stellen, deren Zukunft Sie gerade vernichten, und davon zu sprechen, dass Sie Protest gegen Ihre zerstörerische Politik ***völlig bekloppt*** finden?"

Bleibt festzustellen, dass sich Scholz mit seiner Aussage auch vor die Eltern und Großeltern der Kinder wagt.

Die Proteste werden weitergehen. Sie brauchen unser aller Unterstützung.

Foto: euthymia / stockadobe.com

Wolfgang Schröder

BIS AUF DEN LETZTEN TROPFEN

Als (fast) kein Auto mehr fuhr

Benzin ausverkauft!
Ein Horror-Szenario, das sich mancher gar nicht vorstellen mag. Vielerorts kein Tropfen Sprit mehr zu kriegen!
Und doch ist es so passiert – vor gut 50 Jahren! Wie es dazu kam, ist eine lange Geschichte, die ich hier (verkürzt) wiedergeben will.

Am 14.09.1960 gründen der Iran, Irak, Kuwait, Saudi-Arabien und Venezuela die Organisation erdölexportierender Länder (OPEC). Diese Gründung gilt als Antwort auf das zunehmende Interesse aus dem Ausland an den Erdölvorkommen des Nahen Ostens.
In den arabischen Staaten will man durch gegenseitige Kooperation aktiv im Weltgeschehen agieren und sich in bessere Verhandlungspositionen begeben. Erdöl ist übrigens auch heute noch einer der wichtigsten Primärenergieträger der Bundesrepublik.

Ein folgenreicher Krieg bricht aus
Am 06.10.1973 bricht unvermittelt im Nahen Osten ein (weiterer) Krieg aus! Er beginnt mit einem Überraschungsangriff Ägyptens und Syriens auf die Sinai-Halbinsel und die Golanhöhen, die von Israel im Zuge des Sechstage-Krieges von 1967 erobert worden sind. Zunächst rücken die Streitkräfte Ägyptens und Syriens in die von Israel besetzten Gebiete vor und bringen die israelische Armee in Bedrängnis. Danach aber wendet sich der Kriegsverlauf zugunsten der Israelis.

Am 26.10.1973 tritt auf Drängen der USA, der Sowjetunion und der UNO ein Waffenstillstand in Kraft. Dieser Krieg wird jedoch der Auslöser für die „Ölkrise“ in der Bundesrepublik sein.

Araber drehen den Ölhahn zu
Auf den Waffenstillstand reagieren die arabischen Öl-Förderstaaten empört. Sie werfen den westlichen Industrienationen einseitige Parteinahme zugunsten Israels vor und beschließen, ihr Öl als Druckmittel einzusetzen, die Erdölfördermenge um bis zu 25 % zu drosseln und so die westlichen Länder (und Japan) zu beeinflussen, Israel nicht weiter zu unterstützen!

Auch haben sich die Länder des Persischen Golfes darauf verständigt, den Listenpreis für das begehrte Rohöl sofort um 70 % zu erhöhen.
Bei den Ölkäufern bricht Panik aus, die Preise schießen in die Höhe – fast um das Vierfache!

Fatale Abhängigkeit der Bundesrepublik
Der Zeitpunkt für den Einsatz der Ölwaffe ist gut gewählt, denn in Europa steht der Winter vor der Tür. Erdöl ist für die Industrienationen des Westens die wichtigste Energiequelle und seit Jahren steigt die Nachfrage. Allein die Bundesrepublik Deutschland deckt 55 % ihres Energiebedarfs mit Import-Rohöl, wovon 75 % aus den arabischen Ländern stammen – eine erbarmungslose Abhängigkeit, die die deutsche Wirtschaft unter Druck setzt. Schnell werden Benzin und Heizöl jetzt teurer. Der durchschnittliche Preis für Normalbenzin beträgt 1973 ca. 70 Pfg. (umgerechnet 35,3 Cent), 1974 aber schon 42,4 und 1976 sogar 44,7 Cent. ▶

Die Industrieländer Westeuropas stürzen in die schwerste Wirtschaftskrise seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Die Nachkriegswirtschaft ist bis dahin gewohnt, dass das Öl billig und scheinbar unbegrenzt aus dem Mittleren Osten fließt, und dies hat u.a. in der Bundesrepublik beispiellosen Wohlstand und Vollbeschäftigung genährt.

Der Druck durch die OPEC-Staaten zeigt schon bald Wirkung. Anfang November 1973 fordern die Außenminister der Europäischen Gemeinschaft (EG) Israel auf, alle seit dem Sechstage-Krieg von 1967 besetzten Gebiete zu räumen, was von Israel abgelehnt wird.

Die Konjunktur stürzt ab, die Zeit des Wirtschaftswunders ist vorbei.

Verheerende Auswirkungen
Die westdeutsche Wirtschaft leidet enorm an den Folgen der „Ölkrise". Die Konjunktur stürzt ab, die Zeit des Wirtschaftswunders ist vorbei. Der PKW-Verkauf bricht ein, die Autobauer verordnen Kurzarbeit. Die Arbeitslosenzahlen steigen ebenso wie die Inflationsraten. Gegen diese schwerwiegenden Auswirkungen greift die sozial-liberale Regierung unter Kanzler Willy Brandt (SPD) umgehend zu ungewöhnlichen, drastischen Maßnahmen, um Energie einzusparen und möglichst viele Arbeitsplätze zu sichern.

Als direkte Reaktion auf die Krise wird ein „Gesetz zur Sicherung der Energieversorgung" im Eilverfahren durchgepeitscht.
Spektakulärste Maßnahme:
Ab dem 25.11.1973 an vier Sonntagen allgemeine Fahrverbote sowie für sechs Monate Geschwindigkeitsbegrenzungen (100 km/h auf Autobahnen, 80 km/h auf allen anderen Straßen außerhalb geschlossener Ortschaften)!

Die (meisten) Autos bleiben stehen
Zwar nehmen die Menschen die Zwangspause nach außen gelassen hin, doch macht sich bei manchen Unbehagen breit, denn sie sehen ihren mühsam erarbeiteten Wohlstand in Gefahr.
Die meisten Bürger nehmen diese Herausforderungen aber mit einem Lächeln als großes Abenteuer an und erzählen bis heute von der Stille in den Städten, die sich ins kollektive Gedächtnis eingebrannt hat. Die gähnend leeren Autobahnen werden von Fußgängern, Rollschuhfahrern und Radfahrern erobert. In den deutschen Innenstädten spielen Kinder auf den Kreuzungen Federball. Reiter traben über vierspurige Straßen. In den Zeitungen gibt es Fotos von Witzbolden, die Pferde vor ihre Autos gespannt haben. Es herrscht beim Flanieren eine gewisse, fast fröhliche Volksfestatmosphäre.

Keine Regel ohne Ausnahme
Ohne Murren und große Proteste von Bürgern werden auch die weiteren drei autofreien Sonntage hingenommen, schließlich fahren noch Busse und Bahnen. Es gibt auch weitere Sparmaßnahmen: Als Vorbild drehen die Bundesbehörden die Heizungen herunter und reduzieren die Beleuchtung. Für jedermann spürbare, direkte Einschnitte sind z. B. verlängerte Schulferien oder Schließung von Hallenbädern.

Allerdings müssen nicht alle der rund 13 Millionen Autofahrer auf den fahrbaren Untersatz verzichten: Es gibt nämlich Ausnahmegenehmigungen für Polizisten, Ärzte, Feuerwehr und Krankentransporte. Am vierten autofreien Sonntag kommt es aufgrund massenhafter Sondergenehmigungen (Blumenhändler, Journalisten, Taxifahrer, Lieferanten von Frischware) auf den Straßen schon wieder zu Staus und langen Schlangen an den Tankstellen, deren Bestände teilweise (auch aufgrund von vorherigen Hamsterkäufen) ausverkauft sind, so dass sie wegen Benzinmangel schließen müssen. Im Nachhinein stellt sich jedoch heraus, dass die Sonntagsfahrverbote eher einer Symbolpolitik entsprungen sind und die Wirkung auf den Energieverbrauch doch gering ist.

Dennoch...

So schön leer an Autos und so ungewöhnlich ruhig wie an diesem strahlenden Wintertag, dem 25.11.1973, wird es auf deutschen Straßen vermutlich nie wieder sein.

Fotos: dpa

Udo Hannemann

Sicherung der Wärmeversorgung in Deutschland

Wärmeversorgung als ein Teilbereich der Energiewende

Es hat ja einige Jahre gebraucht bis die Erkenntnis bei unseren Politikern angekommen ist...
Welche Erkenntnis? - Na, dass es im Sommer warm und im Winter kalt ist!

Unser Gebäudebereich ist mit etwa 30 % des primären Energieverbrauches für Wärme und Kühlung ein großer Kunde und gutes Geschäft für unsere Energiekonzerne.
Die Geschäftsmodelle dieser alten Monopolversorger sind zwar nicht mehr konkurrenzfähig, haben aber ein unglaubliches Beharrungsvermögen. Und wo es neue Lösungsansätze gibt, werden auch immer neue Probleme gefunden, die Veränderungen bremsen sollen.
Milliardenbeträge aus Steuergeldern erhalten diese Geschäftsmodelle weiter am Leben. Der Garant dafür, dass diese alten Geschäftsfelder bleiben – der Endkunde also weiter viel Geld zahlen muss – sind die Parteien, die schon immer Fortschritt gebremst und verhindert haben, an dem ihr Klientel nichts mehr verdient.

Das Einfachste wäre, Gesetze zu machen, dass ein Gebäude als „Energie-Plus-Haus“ gebaut werden muss. Das heißt, das Gebäude produziert Strom und Wärme und gibt nicht selbst benötigte Energie an die Gesellschaft, an die benachbarten Gebäude, ab. Hierfür muss beim Bau oder bei der Sanierung ein Gebäude so gebaut bzw. isoliert werden, dass die Wärme im Gebäude verbleibt, aber der Luftaustausch gewährleistet wird.
Keine leichte Aufgabe, aber bereits vor Jahren gelöst. (Und dann bitte auch Regenwasser sammeln!)

Ein anderer Weg, der zurzeit viel in öffentlichen Medien besprochen und diskutiert wird, ist vorhandene, energiesparende Technik, z. B. Wärmepumpen, einzusetzen. Der Schlüssel für zukunftsfähige Energie- und Wärmeversorgung ist der Ausbau von „Smart-Grid-Netzen“. Seit 2013 wird hieran in Deutschland gearbeitet. Dies sind Netzwerke vor Ort, die selbst erzeugte elektrische Energie oder auch Wärme an die Endverbraucher in der Nachbarschaft zur Nutzung zur Verfügung stellen. Hierbei müssen auch lokale Elektro- und Wärmespeicher zum Einsatz kommen.
Schauen wir doch auch mal über die Grenzen – und hier insbesondere nach Dänemark.

Dort wurde bereits vor Jahren ein gesellschaftlicher Konsens erreicht, und feste Ausstiegsszenarien aus der fossilen Sackgasse gesetzlich festgelegt. Damit ging auch ein Abbau von bürokratischen Hürden einher. In Deutschland wurden diese Hürden stetig erhöht.

Welche Unterschiede gibt es zu unserem Nachbarn im Norden noch:

- Genossenschaftliche Energieversorgung und private Kleinanlagen auf dem Lande und in der Stadt werden gefördert, nicht behindert.
- Der Staat und die Gemeinden behalten die Energieversorgung ihrer Bürger in den Händen und müssen keine Renditeerwartungen von Investoren bedienen.
- Noch mit fossilen Energiequellen ausgestattete Kraftwerke wurden frühzeitig so umgebaut, dass auch die Wärme genutzt wurde (Kraft-Wärme-Kopplung).
  Eine Verdoppelung des Energienutzungsgrades war die Folge.
  Heute können die vorhandenen Fernwärmenetze unter Nutzung von Wärmepumpen mit regenerativer Energie gespeist werden.

Foto: Maksym Yemelyanov/stockadobe.com

Ulrike Kleinert

Kulturschaffende, das kreative Prekariat

Die Künstlersozialkasse meldet, dass das durchschnittliche Jahreseinkommen von Frauen, die im Bereich der Kreativwirtschaft tätig sind, 2021 bei 18.731 € lag, das von Männern bei 24.206 €. Zu diesen Gruppen gehören darstellende Künstler:innen, Musiker:innen, Übersetzer:innen, bildende Kunstschaffende, Schriftsteller:innen, und Journalist:innen.

Das tatsächliche Einkommen der meisten dort Tätigen ist für die große Mehrheit deutlich niedriger. Den größten Anteil stellen Solo-Selbstständige, deren Umsatz geringer ist, als 17. 500 € jährlich. [1]

Darunter sind viele, deren Lebenssituation als prekär zu bezeichnen ist und die mit noch wesentlich weniger auskommen müssen. Jazzmusiker:innen zum Beispiel mit 10.085 €. [2]

Die Art der Sozialversicherung über die Künstlersozialkasse deckt viele Risiken nicht ab. So wird Krankengeld erst nach 6 Wochen gezahlt.

Anspruch auf Grundrente besteht bei vielen nicht, denn das Einkommen im Niedriglohnbereich muss in 33 Berufsjahren mindestens bei 30 % des Durchschnittsverdienstes gelegen haben.

Viele Kunstschaffende haben aber ein Jahreseinkommen, das deutlich darunter liegt.

Nina George, 2017 im Bundesvorstand des Verbandes deutscher Schriftsteller und Schriftstellerinnen in ver.di, hat folgende Rechnung aufgemacht: Ein/e Autor:in, der/die einen Debütroman vielleicht 3.000 mal verkauft, bringt es auf einen Stundenlohn von 0,42 €.
Auch die geltende Rechtsprechung kann hier nicht genügend für Abhilfe sorgen. Hier das Beispiel der Übersetzer:innen: von 1126 Verträgen für Übersetzungen unterschreiten 455 (41 %) die Mindestvorgaben des Bundesgerichtshofes für Absatzbeteiligung. Das geringste Honorar für eine Übersetzung lag bei 3,00 €, das höchste bei 38,00 €, im Durchschnitt waren es 18,45 € für Frauen und 19,99 € für Männer pro Seite. [3]

Ein Drittel der rund 67.500 Journalist:innen in Deutschland übt lat DJV den Beruf ohne feste Anstellung als freie Mitarbeiter aus. Im Durchschnitt verdienen sie nur ein Drittel dessen, was ihre fest angestellten Kollegen am Monatsende auf dem Konto haben. [4]

Foto: pixabay.de

Quellen:

[1] *Kultur- und Kreativ-Wirtschaftsbericht der Bundesregierung 2020*

[2] *Statiskia Erhebung 2021*

[3] *Literaturübersetzer in Deutschland Verlagsverträge 2019 und 2020*

[4] *Deutschlandfunk, 7. Juni 2023*

Ulrike Kleinert | Traudel Kassel

Auch Soloselbständige können sich organisieren

In Bremen ist eine Gruppe der gewerkschaftlich organisierten Schriftsteller:innen aktiv. Sprecherin der Gruppe und Vorstandsmitglied des VS Verbandes deutscher Schriftsteller und Schriftstellerinnen Niedersachsen Bremen in ver.di ist die Autorin und Kulturjournalistin Martina Burandt. WIR hat mir ihr gesprochen:

WIR:

» **Martina, wie sieht deine Berufsbiografie aus?**

Martina Burandt:
Ich wollte schon immer Journalistin werden. Ich bin ein Arbeiterkind, geboren in Rheinhausen. So lag es nahe, dass ich mich mit meinem Engagement am besten in einer Gewerkschaft verorten konnte. Meine ersten journalistischen Arbeiten habe ich dann – bereits vor Studium und Volontariat – in einer Werkszeitung veröffentlicht. Danach habe ich Pädagogik im Magisterstudiengang mit dem Schwerpunkt Sport und Publizistik in Göttingen studiert. Während dieser Zeit und auch danach habe ich auch Theaterstücke für Kinder und Jugendliche geschrieben. Mein Volontariat habe ich 1989 in Bremen bei einer Bremer Stadtillustrierten gemacht.

» **Wie hoch war die Bezahlung damals?**

Martina Burandt:
Damals gab es ein Programm vom Arbeitsamt, das vorsah, dass die Hälfte des Lohnes für akademische Berufsanfänger übernommen wurden. Ich habe ungefähr 1.000 DM bekommen, also nur wenig mehr als während des Studiums – eine Zeit, in der ich immer gejobbt habe. Meine Arbeit bei der Stadtillustrierten endete im Streit mit der Chefredaktion. Ich wollte einen Artikel über sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz schreiben. Ich war selbst betroffen und habe mich beschwert. Es folgten Unstimmigkeiten und nicht das geringste Verständnis, geschweige denn Unterstützung. Ich reagierte verärgert. Schließlich wurde mir gekündigt.

» **Das war am Anfang des Berufslebens sicher ein harter Schlag.**

Martina Burandt:
Ich habe mit dem reagiert, was mir zur Verfügung stand und einen Artikel zum Thema in einer anderen Zeitung veröffentlicht. Und gegen die fristlose Kündigung habe ich mit Hilfe der Gewerkschaft geklagt, den Prozess gewonnen und sogar eine Abfindung und eine positives Abschlusszeugnis erhalten.
Für mich war es selbstverständlich, gewerkschaftlich organisiert zu sein. Ich war damals in der IG Druck und Papier, der späteren IG Medien.

Foto: Felix Burandt

» **Wie ging es weiter?**

Martina Burandt:
Ich habe dann als Freie für verschiedene Zeitungen gearbeitet, u.a. für die taz, die Frankfurter Rundschau, den Weser Kurier und Radio Bremen – in der Regel als Kulturjournalistin.

» **Hast du nie versucht, irgendwo fest angestellt zu werden?**

Martina Burandt:
Eine Festanstellung erschien mir nach meinen ersten Erlebnissen in diesem Beruf nicht um jeden Preis attraktiv. Und die einzigen Male, die ich Einladungen für ein Bewerbungsgespräch (ein damaliger Traumjob) bekommen habe, musste ich absagen. Ich war schwanger und lag im Krankenhaus. Wenn man durch Kinder gebunden ist, hat man kaum eine Chance und als Alleinerziehende, das war ich einige Zeit später nach der Geburt meiner zweiten Tochter, erst recht nicht mehr. Freie kennen keinen Mutterschutz. Das kann man sich ebenso wie Kranksein nicht leisten. Ich habe vom Krankenbett aus geschrieben und schon fünf Wochen nach Geburt meiner ersten Tochter wieder Aufträge angenommen.

» **Du bist auch Schriftstellerin. Ist die Situation da anders?**

Martina Burandt:
Bei mir hat es mit der Entscheidung zu tun, nicht nur über andere zu schreiben, sondern auch meine eigene Kreativität leben zu wollen. Ich hatte zudem gelernt, dass mir die freie journalistische Arbeit materiell immer weniger einbringt. Warum sollte ich dann nicht das tun, was mir Freude macht? Meinen Lebensunterhalt kann ich bis heute weder von den journalistischen Aufträgen bestreiten noch von meiner Tätigkeit als Autorin. Ich habe eine Ausbildung als Yogalehrerin, gebe Kurse und lebe wieder in einer Partnerschaft.

» **Wie würdest du die Situation als Freie kennzeichnen?**

Martina Burandt:
Positiv gesehen wird man zur Allrounderin mit vielen Kontakten, die jedoch auch gepflegt werden müssen. Aber irgendwie fühlt man sich auch außerhalb aller Rechte. Ich habe zum Beispiel beim Zeitungsstreik aus Solidarität mit gestreikt. Aber mir stand kein Streikgeld zu, obwohl ich organisiert war. Danach habe ich eine Zeit lang keine Aufträge vom Weser Kurier mehr erhalten. Die Situation der Freien hat sich nicht verbessert. Seit der Weser Kurier einige Regionalzeitungen aufgekauft hat, kann ein Artikel mehrmals veröffentlicht werden, ohne dass es nochmal honoriert wird. Kritische Artikel, die Anzeigenkunden verärgern, können ebenfalls dazu führen, dass man einen Auftrag nicht mehr bekommt. Auch das habe ich nicht nur in dieser Redaktion erlebt. Ausgesprochen wird es nicht, aber es ist Praxis.

» **Was würdest du Kulturschaffenden raten?**

Martina Burandt:
Es ist wichtig, nicht vereinzelt zu bleiben, sondern den Austausch mit anderen zu suchen. Das Gefühl nicht alleine zu stehen, ist in einer vereinzelnden Gesellschaft sehr hilfreich und stärkend.
In der Bremer VS-Landesgruppe informieren wir uns über unsere Erfahrungen mit Verlagen oder Literaturorganisationen und organisieren Lesungen, Fortbildungen und Veranstaltungen.
Unsere nächste Reihe unter dem Titel „Unerhört“ beginnt am 13.09. um 19.00 Uhr in der Villa Sponte, Osterdeich. Unser Motto lautet „Literatur für alle“. Sprache und politisches Engagement für soziale Gerechtigkeit kommen zusammen. Ver.di bietet Rechtsberatung z. B. bei der Gestaltung von Verträgen. Die Gewerkschaft unterstützt Kampagnen für gerechte Honorare und eine Verbesserung der sozialen Situation. Das ist bitter nötig, denn Freie sind nicht wirklich frei, beinahe vogelfrei.

Weitere Infos zur VS-Landesgruppe Bremen unter:
➜ *www.literatur-verbindet.de*

Beenhard Oldigs

Moin leev Lesers van dat Journal WIR

Off un to giff`t dat Lüü de seggen Moin, Moin. Dat is een Moin tovööl! In Ostfreesland, dor wor ik upwussen bünn, seggen wi to sükse Lüü Kauelmorsen. Dat moije an´t Plattdütsche is: Man kummt mit minner Worden ut un togliek is klor, watt meent is. Wiel ik plattdütsch upwussen bünn, is dat mien erste Taal un dormit is Hochdütsch mien erste Fremdtaal. Bit vandaag prot ik beter un meestentieds ok leever platt. Man in Bremen, wor ik nu all over 40 Jaahr lev, word in de meeste Tied Hochdütsch prot`. De meesten van´t Lüü in Ostfreesland proten. Se schnacken nich. Schnackers komen ut Hamborg. Kunn wesen ok ut Bremen off ut Mecklenborg. Dat is ok nich so van Belang. Van Belang is aver: Dat ostfreeske Platt is een egen Taal. De is upföhrt un achtet bie`t Europäische Charta van`t Spraken. Dat seggen ok de Lüü van´t Institut för „Niederdeutsche Sprachen“. Disse lüttje Institut sitt bi uns in Bremen in`t Schnoor. Dat is good dat so een Stee giff`t.

In tokomen Tied will ik mol mit disse Experten proten. Mol kieken, watt de so seggen to mien Schrieverei. De hebb`n dor seker noch mehr Künn van as ik. Proten un lesen kann ik dat Plattdütsch ja good. Man bie`t Schrieven mutt ik seker noch en bietje dor to lern. Holger kunn dat heel good. Dat is bedröövt dat he nich mehr dor is. Nu versök ik ok hum to Ehren dat Platdütsche hoch to holln`. Um dat noch Mal klor to maken. Ostfreesk Platt is kien Dialekt – so as Bayrisch off dat Kölsche. „Verdammt lang her“ van BAP hörd sük good an, man disse moije Dialekt blifft Dialekt.

Anners is dat bi de Muskanten mit de Naam „Laway“. Se schrieven hör Stücken up Platt. Weten jie watt de Naam Laway bedütt? Wenn fröher de Diekarbeiders hör Arbeid henschmeten hebb`n, wiel se mehr Groschens för hör schwore Arbeid bruken, maken se Laway. Kört seggt: Laway bedütt Streik!

Mien Fründ Gerd Brandt – he is upwussen in Rhauderfehn – is de Baas van de Muskanten van Laway. Tosamen mit de Schriever un Muskant Jan Cornelius hebb`n se all 1997 en Leed över neeje Windmöhlens makt. Dor heet dat to`n Biespill: „Disse Möhlens vandaag de laaten nakt un kahl, man kiek ik um mi to hebb`n wi en anner Wahl? Blot de Sünn un de Wind geven Hoop, geven Hoop.“ Wi kunnen in Dütsland un ok in Europa all vööl wieder wesen mit de Utbau van neeje Energie, wenn dat na de ostfreeske Muskanten van Laway gahn wass. Nu mutt de Utbau van Windmöhlens un Solar heel gau gahn – hopenliek ok in Bayern un Baden–Würtemberg. Dor is noch Bott genoog.

Vööl Tied blifft nich mehr. Man kann noch good gahn. Dorför bruken wi Toversicht, Dörblick, mehr Gerechtigheid un Tosamenholln.
Mit en Word: SOLIDARITÄT!

Munter un bit anner Mal!

Foto: Marlene Henrici

Foto: Wikipedia

Dann gibt es nur eins – SAGT NEIN!

Traudel Kassel

Militarisierung in Deutschland
Früher kam der Militarismus zackig und mit lautem Gebrüll daher. Heute geht es scheinbar sanfter, also raffinierter zu. Die Zeichen zunehmender Militarisierung in Deutschland sind dennoch nicht zu übersehen.

Sich in weltweite Konflikte hineinziehen zu lassen, wird mit Übernahme von **Verantwortung** umschrieben. **Ertüchtigung** ist ein aktuelles Modewort – gilt für die Bundeswehr, für Bahnstrecken ebenso wie für Autobahnen. Probleme von Krieg und Frieden gelten als **Sicherheitsfragen**. Mehr **Wehrhaftigkeit** fordert Ex-Bundespräsident Gauck schon seit Jahren von der Gesellschaft, inzwischen tun das auch die Wehrbeauftragte Högl und andere. George Orwells Entlarvung der Propaganda-Sprache in seinem Roman „1984“ lässt grüßen, auch wenn seine Utopie von Überwachung und Manipulation längst von der Wirklichkeit überholt ist.

Die russische Invasion in die Ukraine war gerade drei Tage alt und die Öffentlichkeit stand noch unter Schock, als Bundeskanzler Scholz im Bundestag die „Zeitenwende“ ausrief: hohe Rüstungsausgaben, mehr Verpflichtungen in der NATO und Umstellung der Energieversorgung. Sein Stab dürfte diese Ideen kaum „spontan“, ohne jede Vorbereitung entwickelt haben.

Militarisierung im öffentlichen Leben
Seitdem ergreift militärisches Denken mehr und mehr Bereiche des öffentlichen Lebens. Hofreiter, Strack-Zimmermann, Markus Lanz u.a. begannen gleich zu Beginn damit, Pazifisten und Kriegsgegner zu verunglimpfen. Kanzler Scholz wurde als Zauderer diffamiert. Die Entspannungspolitik der 70er und 80er Jahre, die trotz Aufrüstung mit Mittelstreckenraketen (SS- 20 und Pershing II) zu einer längeren friedlichen Entwicklung bis in die 90er Jahre beigetragen hatte, soll rückwirkend falsch gewesen sein. Jahrzehntelanger günstiger Import von russischem Öl und Gas gilt plötzlich als verwerflich.

Die Militarisierung zeigt Wirkung: die „touristische“ Erkundung des Fliegerhorstes Wunstorf ist dieses Jahr besonders gefragt. Die langjährige NDR-Info-Sendung „Streitkräfte und Strategien“ ist eine der beliebtesten Sendungen geworden. Im Unterschied zu den vergangenen Verteidigungsministerinnen Von der Leyen, Kramp-Karrenbauer und Lambrecht ist jetzt der markig auftretende Mann Pistorius der beliebteste Politiker der Ampelregierung. Das Erste betitelt eine Sendung: „Können wir Krieg?“ Besonders erschreckend ist, dass auch Satiresendungen ins gleiche Horn stoßen. Seit Jahren bedienen sie den Mythos der angeblich „kaputtgesparten“ Bundeswehr.

Die Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages Högl sowie der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz fordern gar eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Schulen und Bundeswehr. Besuche bei der Bundeswehr sollen ihre Verankerung im Bewusstsein der Schüler.innen und ihre „Attraktivität“ steigern.
An Uniformen sollen wir uns gewöhnen. Täglich neue Ideen werden geboren, um der Bevölkerung die neue Wehrhaftigkeit schmackhaft zu machen. Dazu passen auch die lauter werdenden Forderungen nach einem Pflichtjahr für alle jungen Menschen.

ABER HALT!

Ob laut oder schleichend, die Militarisierung ist nur die eine Seite der Medaille. Die andere zeigt, dass die Begeisterung für alles Militärische bei vielen Menschen offensichtlich fehlt. Begeisterung scheint vor allem bei Menschen vorzuherrschen, die niemals in die missliche Lage ▶

kommen werden, in Schlamm und mit Todesangst Meter für Meter um irgendein vermintes Wäldchen oder ein Flussufer kämpfen zu müssen oder Opfer eines Angriffs durch einen Eurofighter zu werden, in dessen Cockpit sich während des Manövers „Air Defender“ sowohl Bundeskanzler Scholz als auch Rüstungslobbyistin Strack-Zimmermann sichtlich wohlgelaunt haben ablichten lassen.

Die NATO pflegt seit jeher ihr Image als sympathische Verteidigungsallianz. Aktuell ist sie dabei auf der Höhe der Zeit – wirbt mit Computer-Spielen und Weltstars wie Angelina Jolie, die sich medienwirksam mit Generalsekretär Jens Stoltenberg vor NATO-Symbolen zeigt. Aber dieses Image passt nicht zu ihrer weltweiten Strategie, die bis zu Einsätzen gegen China reicht und gar nichts mit Verteidigung zu tun hat.

Wehrhaftigkeit – ist das das Bild vom Mann, das wieder gefragt ist? „Hart wie Krupp-Stahl“ zu sein – statt ein Kinderwagen schiebender glücklicher Vater in Elternzeit?

Informationsstelle Militarismus, Tübingen

Sollen mühsam errungene gesellschaftliche Fortschritte der letzten Jahrzehnte wieder zurückgedrängt werden? Oder besteht der Fortschritt jetzt darin, dass auch Frauen „hart wie Krupp-Stahl“ sein und tödliche Waffen bedienen sollen?

FAKT IST:

Im Jahr 2022 haben mehr als 4.200 Bundeswehrsoldaten vorzeitig ihren Dienst quittiert. Es gab mehr Abgänge als neue Rekruten – die Bundeswehr schrumpft. In Deutschland sind Verweigerung und Rückzug immerhin noch möglich – anders als in Russland oder der Ukraine. Wer dort nicht kämpfen will, muss fliehen. 900 000 Russen sollen ihr Land verlassen haben, um nicht eingezogen zu werden. Tausende ukrainische Männer im wehrfähigen Alter versuchen in die Nachbarländer zu gelangen. Ob Russen oder Ukrainer – ihnen drohen hohe Strafen.

Was bedeuten Militarisierung und Krieg?

Deutschland ist nicht Kriegspartei – noch nicht. Durch Waffenlieferungen und Ausbildung ukrainischer Soldaten an deutschen Waffensystemen in Deutschland verschwimmen die Grenzen aber zunehmend. Der ukrainische Vize-Außenminister Melnyk fordert nicht nur F-16 Kampfjets, sondern Eurofighter, Marschflugkörper und Kampfhubschrauber. „Die Bundesregierung sollte ihre letzten roten Linien endlich überschreiten.“
Sollte sie das wirklich?

Wehrhaftigkeit – ist das das Bild vom Mann, das wieder gefragt ist?

Krieg ist grausam für Soldaten und die Zivilbevölkerung. Rote Linien werden laufend überschritten: Kriegsverbrechen, der Bruch des Kachowka-Staudamms, Einsatz strahlender Uranmunition und geächteter Streumunition. Deren verheerende Folgen für Soldaten, Zivilisten und Umwelt sind aus den Kriegen in Jugoslawien und dem Irak bekannt. Die ökologischen Folgen von Militär und Kriegen sind katastrophal, von der Ermittlung von CO_2-Emissionen aber ausgenommen – in Zeiten des Klimawandels erst recht unverantwortlich. Da nützen auch die verlogenen „Nachhaltigkeitsziele“ nichts, mit denen z. B. der Rüstungskonzern Rheinmetall heuchlerisch wirbt.

Informationsstelle Militarismus, Tübingen

Militarisierung bedeutet die Verschiebung dringend benötigter Steuermittel aus den Ressorts Bildung, Klimaschutz, Wohnungsbau, Soziales, Gesundheit in Richtung militärischer Ausgaben, die auch in Forschungsausgaben oder der „Ertüchtigung“ von Autobahnen für militärisches Gerät in anderen Ressorts verborgen sind. Es geht nicht nur um die 100 Milliarden „Sondervermögen“ (Schulden) für die Bundeswehr oder die mindestens (!) 2% des Bruttoinlandsprodukts für militärische Zwecke: Laut IWF-Prognosen wären das rund 81 Mrd. Euro. Bei einem Gesamthaushalt von 476 Mrd. Euro rund 17 % – hat das Verteidigungsministerium etwa so viel Geld zur Verfügung wie Gesundheit, Bildung, Klima, Entwicklung und Auswärtiges zusammen. Für Sport oder Kindergrundsicherung fehlt angeblich das Geld. Hohe Inflation, Energie- und Mietkosten steigern Verschuldung und Not in Deutschland – mit gravierenden Folgen für das Zusammenleben.

Die Antwort kann nur sein: **SAGT NEIN!**

Fast 80 Jahre nach Ende des 2. Weltkriegs belasten die Schäden alle beteiligten Staaten und ihre Menschen noch immer. Munition in der Ostsee ist eine tickende Zeitbombe, Blindgänger schlummern nach wie vor im Boden, seelische Traumata wirken über Generationen fort. Die Suche nach dem Schicksal Vermisster ist bis heute nicht beendet. In der Ukraine sind im Schlamm des trocken gefallenen Kachowka-Stausees Skelette nicht beigesetzter Soldaten des 2. Weltkriegs freigelegt worden. Soll sich das alles wiederholen für weitere Generationen?!

SAGT NEIN!

zur Militarisierung der Gesellschaft, wie es Wolfgang Borchert aufgrund seiner Erfahrungen im 2. Weltkrieg kurz vor seinem frühen Tod als sein Vermächtnis an die Nachwelt formulierte.

Wie funktioniert Kriegspropaganda?

1. Wir wollen den Krieg nicht
2. Das gegnerische Lager trägt die Verantwortung
3. Der Führer des Gegners ist ein Teufel
4. Wir kämpfen für eine gute Sache
5. Der Gegner kämpft mit unerlaubten Waffen
6. Der Gegner begeht mit Absicht Grausamkeiten, wir nur versehentlich
7. Unsere Verluste sind gering, die des Gegners enorm
8. Künstler und Intellektuelle unterstützen unsere Sache
9. Unsere Mission ist heilig
10. Wer unsere Berichterstattung in Zweifel zieht, ist ein Verräter

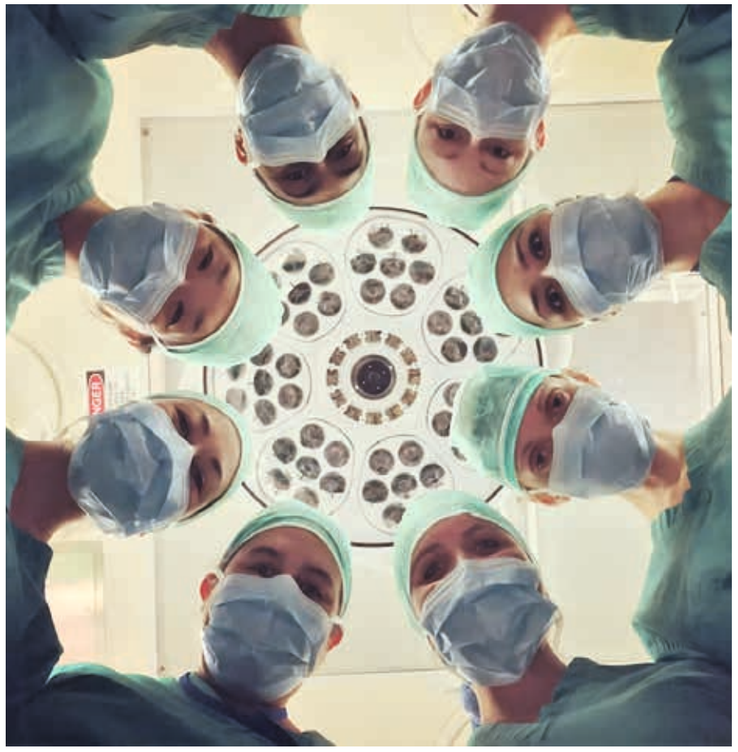
Aus: Prinzipien der Kriegspropaganda von Lord Arthur Ponsonby aus seinem 1928 veröffentlichten Buch: „Falsehood in War-Time: Propaganda Lies of the First World War“ (Unwahrheit in Kriegszeiten: Propaganda-Lügen im 1. Weltkrieg)

Zitiert nach: Friedensjournal 4/2018 – Herausgeber: Bundesausschuss Friedensratschlag

Marlene Henrici

Ist unsere ambulante Gesundheitsversorgung in Gefahr?

Ein Geschäftsmodell – lohnenswert für Investoren



Was steckt dahinter?
Seit Jahren wird beklagt, dass niedergelassene Ärztinnen und Ärzte keine Nachfolge für ihre Praxis finden, wenn sie denn in ihren wohlverdienten Ruhestand gehen.
Es wird ein lukratives Kaufangebot von privaten Investoren unterbreitet, sogenannte Private Equity Firmen.
Laut Aussagen von Betroffenen liegt das Angebot um bis zu 50 % über dem marktüblichen Preis. Die Praxis wird umorganisiert und mit anderen Praxen zusammengeschlossen.
Ärzt:innen arbeiten dort im Angestelltenverhältnis mit gewünschten Arbeitszeiten. Die Abrechnungen werden zentral vorgenommen. Der bürokratische Aufwand für die Angestellten reduziert sich enorm.
Der Preis, der von ihnen bezahlt wird, ist nach Berichten von Betroffenen allerdings hoch. Da eine Gewinnmaximierung das Ziel für die Investoren ist, werden die angestellten Ärzt:innen unter Druck gesetzt, teure Zusatzleistungen zu verkaufen.

Nach Berichten der Krankenkassen liegen die Abrechnungen um etwa 10 % höher als in eigenständigen Praxen. Diese Rendite zahlen alle Versicherten. Weniger lukrative Behandlungen und Untersuchungen werden nicht angeboten.
Laut einem Bericht des Magazins "Panorama" von 2022 werden selbst nicht notwendige, aber lukrative Operationen empfohlen. Lohnenswert sind offenbar Augenarzt- und Zahnarztpraxen. Aber auch andere Fachrichtungen stehen im Visier der Firmen.

Der Anteil der Gesundheitseinrichtungen in der Hand der Private Equity Firmen nimmt ständig zu. Medien berichten, dass in Kiel mehr als die Hälfte der augenärztlichen Praxen ein und demselben Konzern angehören. Wenn viele Arztpraxen zu einem Konzern gehören, ist es für Patient:innen schwierig eine unabhängige Zweitmeinung einzuholen.

Eine weitere Gefahr besteht in dem fragilen Geschäftsmodell (➜ siehe Grafik rechts). Praxen könnten insolvent gehen und so die ambulante Versorgung gefährdet werden.
Denn die Praxen werden nach maximal fünf Jahren, mit großem Gewinn an das nächste Konsortium verkauft und so weiter ausgeblutet.

Ein Ausbluten der ambulanten Versorgung wurde billigend in Kauf genommen
Das Ganze wurde erst durch eine Gesetzesänderung ermöglicht.
Kliniken können MVZ (medizinische Versorgungszentren) gründen. Dadurch sollte die stationäre mit der ambulanten Versorgung besser verzahnt werden.
Die Private Equity Firmen kaufen also Kliniken auf und können so in das ambulante Geschäft einsteigen.
Gesundheitsminister Karl Lauterbach hatte angekündigt, dass im ersten Quartal ein Gesetzesentwurf zur Verhinderung dieses Geschäftsmodells vorgelegt werden sollte. Bis zum Redaktionsschluss Mitte Juli 2023 lag noch kein Entwurf vor.

Diesem Vorgehen muss Einhalt geboten werden. Wir alle bezahlen sonst für die hohen Gewinne der Investoren einen hohen Preis.

Zumindest muss für Patient:innen erkennbar sein, wenn es sich um ein MVZ handelt, welches durch Investoren finanziert wird. Bis heute gibt es kein Register, aus dem deutlich hervorgeht, um welches Modell es sich handelt. Denn auch kommunale und freigemeinnützige Kliniken betreiben MVZ.

Dem Anliegen der Ärzt:innen nachzukommen, im Angestelltenverhältnis zu arbeiten, ist der Versuch hier in Bremen durch die Gesundheitssenatorin MVZ in kommunaler Trägerschaft zu gründen.

➜ Siehe auch Artikel in der Ausgabe Nr. 48 der WIR.

Schematischer Ablauf von Private-Equity-Investments in Arztpraxen

Quelle: Finanzwende Recherche

Foto: unsplah.de

Gedichtet

JETZT ERST
RECHT
DANN
KOMMT
DRAN
WAS UNS
GEFÄLLT
JETZT ERST
RECHT

Frank Warneke

Bremer, Dipl. Kfm., Pädagoge, Schauspieler, Mediator, Kulturvermittler und Autor beschäftigt sich seit Jahren mit den Lebenswelten von Kindern, Jugendlichen und besonderen Erwachsenen.
Er schult und vermittelt zu Themen wie Kunst, Süchten, Ausgrenzung und Lebenswelten. Als Schauspieler auf verschiedenen Bremer Bühnen, als Regisseur hat er sich auf KiJu-Theaterformate fokussiert. Er schreibt Lyrik und lyrische Reiseberichte und stellt regelmäßig bei „Kunstwerk im Viertel" aus.

➜ www.frankwarneke.de

Foto: Bremer Frauenmuseum

Anni Gondro –

engagierte Gewerkschafterin und Frauenrechtlerin

Marlene Henrici

Anni Gondro wurde 1919 in Oberschlesien geboren. Die Eltern betrieben einen Lebensmittelladen. Das Geschäft wurde von den Nazis boykottiert, weil die Eltern auch jüdische Kunden bedienten und weiterhin Südfrüchte verkauften. Diese galten bei den Nazis als „Judenfrüchte“. Der Vater verweigerte sogar den Dienst an der Waffe. Das Elternhaus prägte Anni – sie musste als 14-Jährige das Oberlyzeum verlassen und in einer Schuhfabrik arbeiten. Schon zu dieser Zeit sorgte sie für kleine Verbesserungen: sie nähte zu Hause Spucktücher für die Männer, damit diese nicht mehr auf den Boden, sondern in die Tücher spuckten. Die Frauen waren sonst dafür zuständig, die Spucke vom Boden zu wischen.

Nach dem Krieg ging sie mit ihren beiden Kindern nach Bremen und arbeitete in der Schulspeisung. Dadurch bekamen ihre Kinder eine warme Mahlzeit am Tag. Sie beklagte aber die Arbeitsbedingungen. Die Frauen standen barfuß auf dem kalten Boden. Sie nahm Kontakt zur Gewerkschaft auf und sorgte mit deren Unterstützung dafür, dass die Frauen Holzschuhe bekamen. So wurde sie Gewerkschafterin der ersten Stunde. Als Dank traten die Frauen in die Gewerkschaft ein. Anni wurde Mitglied im Betriebsrat und erstritt mit den Frauen mehr Lohn.

Sie knüpfte Netzwerke und arbeitete mit dem damaligen Jugendsekretär Hans Koschnick und Helene Kaisen zusammen. Richard Boljahn, der spätere stellvertretende DGB-Vorsitzende, unterstützte sie bei der Frauenarbeit. Sie besuchten gemeinsam Fabriken in Bremen, um die Arbeitsbedingungen kennenzulernen. Die Frauen mussten in den Fischfabriken ohne Schutz an den Händen im Eis und Salz den Fisch verarbeiten. Beide intervenierten und es wurde für die Frauen Schutzkleidung gestellt.

In den fünfziger Jahren arbeitete sie als Verkäuferin bei Karstadt. Auch hier arbeitete sie im Betriebsrat aktiv mit und war stellvertretende Betriebsratsvorsitzende. Die Frauen bekamen für die gleiche Arbeit wie ihre männlichen Kollegen pauschal 10 % weniger Lohn. Während der Tarifverhandlungen organisierte sie eine große Demonstration. Der Lohn wurde angeglichen. Außerdem wurde der Ladenschluss durch einen Arbeitskampf gesetzlich geregelt.

Anni Gondro wurde Vorsitzende des Frauenausschusses des DGB und kämpfte auch hier in der Männerdomäne für die Gleichberechtigung der Frauen. Praktisch orientiert wie sie war, forderte sie, dass Frauen Mitglied im Vorstand werden. Sie argumentierte, Frauen könnten für ihre Rechte selbst eintreten. „Was denkt ihr, wenn ihr Frauen werbt und nur Männer im Vorstand sitzen? Ihr schadet euch doch selber.“

1957 zog sie wegen einer neuen Arbeitsstelle nach Hannover. Auch dort arbeitete sie weiter in den Gewerkschaften HBV, ÖTV und später ver.di als Vorstandsmitglied vor Ort und als ältestes Gründungsmitglied. Sie war Personalratsvorsitzende bei den Landesversicherungsanstalten. Sie kämpfte gegen die Privatisierung der Stadtwerke Hannover und der städtischen Altenheime.

Bis ins hohe Alter engagierte sie sich für Frauenrechte und organisierte auch eine Zusammenarbeit zwischen Jung und Alt. Sie sagte: „Die Bremer Zeit ist meine beste gewesen“.

Sie erhielt mehrere Auszeichnungen, unter anderem 1981 das Bundesverdienstkreuz für den Einsatz in der Personalvertretung. Sie war ehrenamtliche Arbeitsrichterin, Rundfunkrätin und im Verwaltungsrat der AOK. Sie hat wesentlich dazu beigetragen, dass die Arbeitsbedingungen und Frauenrechte in der Nachkriegszeit verbessert wurden.

In Hannover gibt es ein Anni Gondro Pflegezentrum. Ver.di fordert, dass zu ihrem Gedenken eine Straße benannt wird, denn leider ist sie in Bremen fast vergessen.

Sie starb im November 2014 im Alter von 95 Jahren in Hannover.

Quellen:

Bremer Frauenmuseum

Wikipedia

Ver.di

Mit Herz und Verstand kämpfte sie für praktische Lösungen

1948
Demonstration am 1. Mai

Foto: ver.di

Willi Derbogen

Nach der Wahl...

Wir erinnern uns:
Landtagswahlen in Bremen am 14. Mai 2023

Ein hoffnungsfroher CDU-Spitzenkandidat, auf den Wahlplakaten um mindestens 10 Jahre verjüngt, neben seiner noch jüngeren Mitbewerberin.

Eine AFD – zerrissen in internen Streitigkeiten und fassungslos, auch in letzter Instanz nicht zu den Wahlen im Land Bremen zugelassen zu sein.

Fassungslos darüber, allerdings vor Glück, auch die sogenannten „Bürger in Wut“ – nach der Wahl schnell mit dem neuen Etikett „Bündnis Deutschland“ versehen, um die leichte Bräunung ihres Wahlprogramms mit den deutschen Nationalfarben zu bedecken.

Die Grünen, die glücklicherweise noch nicht mit dem Habeckschen Heizungsgesetz geschlagen waren, dafür aber mit der leicht irrationalen bremischen Verkehrspolitik ihrer Spitzenkandidatin und Senatorin Maike Schäfer (die doch sehr kriegsorientierte Bundesaußenpolitik ihrer Parteikollegin Baerbock wollen wir hier mal beiseite lassen).

Die FDP zwischen Zittern und Bangen nach mehreren verlorenen Landtagswahlen.

Die Linke, trotz der guten Bewertungen ihrer beiden Spitzenkandidatinnen und Senatorinnen – Kristina Vogt und Claudia Bernhard – doch eher verzagt, was den Ausgang der Wahlen für ihre Partei und damit die Möglichkeit einer weiteren Regierungsbeteiligung betreffen könnte.

Und nicht zuletzt die SPD, deren Spitzenkandidat Andreas Bovenschulte nicht nur die oben genannten Kandidatinnen und Kandidaten an Größe überragte, sondern auch als einziger Bewerber mit der Gitarre über die Bühnen rockte.

Foto: dpa/Lars Penning

Und das Ergebnis:
Landtagswahlen in Bremen am 14. Mai 2023

CDU **26,9 % (- 0,3 %)**
Ein enttäuschter Frank Imhoff, der doch zumindest einen Vorsprung vor der SPD erhofft hatte, um sich vielleicht kurz im Lichte einer für die CDU eigentlich unmöglichen Regierungsbildung zu sonnen.

SPD **29,9 % (+ 5,0 %)**
Ein triumphierender bisheriger und auch künftiger Bürgermeister Bovenschulte, der nun doch kein Rockstar werden musste. Vielmehr konnte er die Machtposition der SPD (bei einem an der Vergangenheit gemessenen eher geringen Stimmenanteil) auch personell durch den Zugewinn eines Senator:innenpostens ausbauen, auch wenn hier die Genderfrage vielleicht als scheinbar kleines Hindernis im Wege stand.

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN **11,7 % (- 5,9 %)**
Eine äußerst betroffene Parteiführung, die wohl auch im Zuge ihrer internen Machtkämpfe um die nun geringere Anzahl von Posten eine ihrer fähigen Senatorinnen derartig frustriert zu haben scheint, dass diese nicht wieder antritt.

DIE LINKE. **11,6 % (- 0,2 %)**
Eine Partei, die vom Glück überwältigt doch sehr schnell wieder in die Spur der bremischen Realpolitik zurückzufinden scheint.

FDP **5,1 % (- 0,9 %)**
Eine Partei, die in Demut und mit Freude ihre vier Sitze in der Bürgerschaft einnehmen kann, aber überhaupt nicht in Lage kommt, wie andernorts (wir blicken hier wie gesagt nicht auf den Bund) als Zünglein an der Waage ihre schwache Position über Gebühr aufzuwerten.

BIW **9,4 % (+ 7,0 %)**
Mit einem Spitzenkandidaten, dessen Ego fast aus seinem Anzug geplatzt wäre (insbesondere Wahlbezirke in Bremerhaven betreffend) und der jetzt mit Stolz und unter dem schwarz-braunen Label „Bündnis Deutschland“ in der Bremischen Tagespolitik mit einer Vielzahl von Anfragen und Anträgen auch der abscheulicheren Art lästig werden kann.

Nach kurzen Tagen der Unsicherheit und des Zögerns bei den einen – den Grünen und der Linken – und einem Fünkchen Hoffnung bei der CDU auf eine große Koalition entschied sich der neue und alte Bürgermeister dann doch für die Fortführung der rot-grün-roten Koalition mit der man sich dann auch vergleichsweise schnell auf einen Koalitionsvertrag für die politische Zusammenarbeit der kommenden vier Jahre einigte, dem die jeweiligen Parteigremien dann auch mit überwältigender Mehrheit zustimmten. Wurde der Koalitionsvertrag der vergangenen Legislaturperiode noch schlicht „Vereinbarung über die Zusammenarbeit in einer Regierungskoalition“ genannt, bei dem Kinder und Bildung, Klima und Energie, Umwelt und Natur zumindest vorrangig genannt wurden und Wirtschaft erst an elfter Stelle des Inhaltsverzeichnisses auftauchte, sieht das bei der neuen Vereinbarung anders aus.
Unter dem schönen Titel „Veränderung gestalten: sicher, sozial, ökologisch, zukunftsfest“ rangiert nun an erster Stelle der politischen Agenda – hier Schwerpunkte genannt – Wirtschaft, Arbeit, Häfen. Klima- und Umweltschutz, Kinder und Bildung müssen sich dahinter einordnen. Weit hinten rangiert auch der Schwerpunkt „Senior:innen“, den es so als Schwerpunkt im vorigen Koalitionsvertrag nicht gab.

Auf Seite 131 (von 170 Seiten der Vereinbarung) stellen die Koalitionäre fest, dass im Land Bremen mehr als 25 % der Bevölkerung 65 Jahre und älter sind.
Um zu zitieren: „*Sie leben in sehr unterschiedlichen Lebenslagen und übernehmen wichtige Funktionen im Erwerbsleben und Ehrenamt, in der Familienarbeit und dem gesellschaftlichen Zusammenhang. Damit sie das können, müssen ihre Bedarfe – bei aller Unterschiedlichkeit – stärker und konsequenter in allen Politikbereichen mitgedacht werden.*“
Fast wollte man glauben, die bremische Politik hat mit den älteren Menschen eine neue Art von Sozialressource entdeckt, die es zu nutzen gilt.

Dafür sollen „altersfreundliche Städte und Quartiere“ vorangebracht werden, das „Wohnen im Alter“ verbessert, die „Armut im Alter“, die „Einsamkeit im Alter“ bekämpft, “Unterstützungsangebote“ ausgebaut und die „digitale“ und „politische Teilhabe“ gefördert werden.

Nun steht diese Koalition erst am Anfang ihrer Legislatur und ob – aus der Sicht älterer Menschen – der sich unter wirtschaftlichen Zwängen abzeichnende starke Eingriff in das Gesundheitswesen durch die drohende Schließung des Krankenhauses „Links der Weser“ gerade für ältere und kranke Menschen in Bremen das richtige Signal ist, wird sich in den kommenden vier Jahren rot-grün-roter Regierungskoalition zeigen.

WIR werden das – auch nach der Wahl – weiter beobachten.

Martin Zülch

Auf verlorenem Posten?

Foto: Day Of Victory Stu./stockadobe.com

Im Mai und Juni 2023 waren es 76 Petitionen, Aufrufe und E-Mail-Aktionen, die ich einem Adressatenkreis von derzeit 193 Personen übermittelt habe. Dieser Verteiler entstand in einem Zeitraum von fünf Jahren. Ausschlaggebend dafür waren persönliche Kontakte, vielfach aber auch die Hoffnung, dass sich bestimmte Ansprechpartner:innen mit ihren politischen Zuständigkeiten an der Stärkung der zivilgesellschaftlichen Eingabepraxis beteiligen könnten. Denn dabei handelt es sich um einen Aktivismus, der sich durch Wachsamkeit auszeichnet und im Sinne des Erhalts einer lebenswerten Zukunft kritisch-konstruktiv auf das politische Tagesgeschäft einzuwirken versucht.

Der Auslöser, einmal im Monat, zeitweise aber auch in einem vierzehntätigen Turnus Rundschreiben mit den neuesten Interventionen zu versenden, liegt in der Kampagnen-Praxis selbst begründet.
Ihre Akteure, u.a. Avaaz, Campact, WeAct, WeMoveEurope sowie bis zu 30 NGOs bitten nach jeder Unterzeichnung ihrer Eingaben um deren sofortige Weiterverbeitung per Email, Twitter oder Facebook.

Wie soll sich dann ein „Follower“ wie der Autor verhalten, der mit einem Großteil der Kampagnen-Szene vernetzt ist? Muss er fast täglich deren Eingaben weiterleiten oder jedesmal überlegen, ob das aktuelle Thema es wert ist, beworben zu werden?

In den vergangenen zwei Monaten richteten sich die Einsprüche u.a. gegen fossile "Megaprojekte" und die globale Rohstoffausbeutung, gegen den Tiefseebergbau und Pläne zur Wasserstoffproduktion in der Antarktis, gegen Uranimporte aus Russland und das extrem gefährliche Klimagift Sulfuylfluorid, gegen die Zerstörung der Lebensgrundlagen indigener Gemeinschaften in Peru und Haftlager an den EU-Außengrenzen, gegen fortgesetzte Hinrichtungen im Iran und die Weiterverbreitung von Atomwaffen sowie gegen die Personalnot in unserem Schulsystem.
Angesichts der Brisanz, die jedem Thema innewohnt, wäre es eine Anmaßung, jedes nach seiner Dringlichkeit gewichten und beurteilen zu wollen. Vielmehr zeigt sich anhand der genannten Inhalte eine vieldimensionale Bandbreite, die sich bei heutigen Netz-Kampagnen ebenso auf ihre Adressaten erstreckt: die Funktions- und Entscheidungsträger:innen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft mitsamt ihren Machtbefugnissen im nationalstaatlichen, europäischen und internationalen Kontext.

Wo immer möglich, die Botschaften auch offline kommunizieren.

Aus dieser Reichweite erwächst zugleich ein sehr großes Dilemma: Blickt man auf den Netz-Kampagnen-Aktivismus (NKA) als Gesamtphänomen, losgelöst von den konkurrierenden Organisationslogiken seiner Akteure, so kann er als „Brutstätte“ für einen permanenten Interventionismus bezeichnet werden – einer Inflationierung von politischen Einmischungen, die paradoxerweise die kritische Bewusstseins- und Willensbildung in der Zivilgesellschaft zu schwächen droht.

Leser:innen meiner Rundbriefe teilen mir immer wieder mit, dass sie sich von der Fülle neuer Kampagnen überfordert fühlen und dafür zu wenig Zeit hätten. Hinzukommt, dass sich die Zustimmung zu Kampagnen von NGOs häufig auf deren eigene Zielgruppen zu beschränken scheint. Zuspruch in bis zu sechsstelliger Höhe erreichen dann in der Regel erst solche, die von breiten Bündnissen getragen und mit längeren Laufzeiten versehen sind, wie etwa die im September 2019 von 63 NGOs gestartete Petition für ein deutsches Lieferkettengesetz, die ein Jahr später mit 222.222 Unterschriften an das Bundeskanzleramt übergeben wurde. Auch die daran anschließende Petition zum EU-Lieferkettengesetz erhielt innerhalb von neun Monaten mehr als 90.000 Unterschriften. Dies bedeutet jedoch nicht, dass nicht gelegentlich auch Kampagnen mit geringeren Zustimmungswerten Etappensiege erringen, wie etwa 2021 der Appell „Die ganze Lobby-Fußspur offenlegen!“ mit rund 21.000 Unterschriften.

Gemessen an den vielen Warnsignalen und wegweisenden Forderungen, die vom Netzkampagnen-Aktivismus ausgehen, ist die öffentliche Resonanz auf diese Form der politischen Intervention nur schwach entwickelt. **Dies aber sollte bedeuten, sie aus ihrem Nischendasein im Netz zu lösen und ihre Botschaften bzw. Angebote zum Mitmachen, wo immer möglich, offline zu kommunizieren:** insbesondere in gewerkschaftlichen Arbeitskreisen, Workshops und Publikationen, ebenso aber auch im Kontext politischer Kundgebungen, Debatten und Fortbildungen.

Dabei müsste hervorgehoben werden, dass es sich um eine der wenigen Möglichkeiten außerparlamentarischer Willensbildung und Einflussnahme handelt, die uns neben der Teilnahme an Bürgerinitiativen, Demonstrationen und Aktionen des zivilen Ungehorsams zur Verfügung stehen.

Die notwendigen Bedingungen sind hierfür bereits in einem Multiplikatorenkonzept vorhanden:
zwei Handreichungen, die auf der Homepage der Bremer Heinrich Böll Stiftung unter **„Ein Kampagnen-Pool zur Thematik Klima und Umwelt“** und **„Kampagnen in Zeiten von Krieg, Pandemie und Vielfachkrise“** angeboten werden.

Die hinreichende Bedingung sind jedoch wir selbst – unsere Aufmerksamkeit für zielführende Kampagnen und Bereitschaft, diese tatkräftig zu unterstützen.

Zum Thema Kampagnen-Aktivismus nahm der Autor bereits vor zwei Jahren auf der Homepage des Berlin Instituts für Partizipation Stellung – siehe Europa digital mitgestalten? Dort erschien 2021 im institutseigenen Republik Verlag seine Studie "Klick-Aktionismus oder Anstiftung zu solidarischem Handeln?" Deren digitale Version wurde zuvor auf der Homepage der Bremer Heinrich Böll Stiftung unter Publikation veröffentlicht, ebenso wie weitere aktuelle Beiträge unter Martin Zülch.

Das Recht der Flagge

Eine Zusammenfassung über den Abbau von Schiffen unter deutscher Flagge

Klaus Meyer

Auf Seeschiffen gilt grundsätzlich das Recht der Flagge, die üblicherweise am Heck weht. Diese allgemein verbindliche Regelung war vielen deutschen Reedern ein Dorn im Auge, weil es ihre Gewinnmarge reduzierte. Überlegungen dem abzuhelfen, begannen mit Beginn der 70er Jahre.
Die erste Abrissbirne, die gegen die deutsche Flagge eingesetzt wurde, war das 1989 eingeführte Internationale Seeschifffahrtsregister (Zweitregister), das es erlaubte, die deutsche Flagge zu führen, aber dennoch die Besatzung außerhalb des deutschen Arbeits- und Tarifrechts zu beschäftigen. An dieser Maßnahme konnte nach Klage der Gewerkschaft ÖTV entgegen allen Erwartungen selbst das Bundesverfassungsgericht nichts Verwerfliches oder Gesetzeswidriges entdecken.

So begann die Flucht aus der deutschen Flagge. Damit einher ging der Wechsel von deutscher Besatzung zu kostengünstigeren Besatzungen aus den ärmsten Ländern der Welt. An Bord kamen Filipinos, Kiribati, Pakistaner und Osteuropäer zu einem Rest deutscher Besatzung, der wegen der gesetzlichen Besatzungsvorschriften nicht einfach gekündigt werden konnte.

Wenige deutsche Politiker, darunter die damalige Bundeskanzlerin, kritisierten diese Flaggenflucht der deutschen Reeder, die seit dem 2. Weltkrieg in unterschiedlicher Weise hoch subventioniert worden waren. Aber Moral und Dankbarkeit gegenüber der Nation stehen im Widerspruch zur Gewinnmaximierung und passen nicht ins Weltbild der allermeisten deutschen Reeder.

In anderen europäischen Seefahrtnationen fanden ähnliche Prozesse statt und dort wurde die sogenannte Tonnagesteuer entwickelt. Auf Drängen der Reederlobby war die Bundesregierung sofort dabei ein eigenes deutsches Modell zu entwickeln. (➜ siehe Erklärung rechts)

Mit der Einführung der Tonnagesteuer im Jahre 1999 ergab sich für die Reeder ein Problem, weil sehr viele ihrer Schiffe schon gar nicht mehr unter deutscher Flagge fuhren, sondern bereits zur Flotte der Billigflaggen gehörten. Außerdem hatten die Reeder in Ausbildungsstätten auf den Philippinen investiert und die Ausbildung deutscher Nachwuchskräfte zunehmend untergefahren. Das alles wollte man nicht aufgeben, aber man wollte auch die lukrative Tonnagesteuer behalten, obwohl die Voraussetzung der deutschen Bindung fehlte.

Aber ein Reeder ist kein guter Reeder, wenn ihm nicht etwas einfällt. So wurden Scheinverträge mit falschen Angaben entwickelt, die eine deutsche Beziehung erscheinen lassen sollten. Beschwerden der Seeleutegewerkschaft ÖTV bzw. ver.di an die Politik wurden beiseite gewischt und in Hamburg wuchs an der Außenalster die Zahl der Scheinfirmen.

Foto: gopixa/stockadobe.com

Erst eine Strafanzeige machte dem Treiben zunächst ein Ende. Das Finanzgericht in Schleswig-Holstein deckte 2010 den Betrug auf und das bestens informierte Bundesverkehrsministerium konnte nicht länger alle Augen zugedrückt halten.

Was jeder normale Mensch damals erwartet hätte – nämlich dass die Reeder sofort zum Unterlassen ihres gesetzwidrigen Verhaltens aufgefordert würden – stellte sich als Trugschluss heraus. Die Hoffnung, dass durch das Gerichtsurteil zumindest eine nicht unerhebliche Zahl von Schiffen wegen der lukrativen Besteuerung nach Deutschland und unter die deutsche Flagge zurückfinden würde, zerschlug sich sehr bald.

Das Gegenteil war der Fall. Im Jahr 2012 beantragten die Regierungsfraktionen von CDU/CSU und FDP eine Änderung des maßgeblichen § 7 im Flaggenrechtsgesetz, mit der das gesetzeswidrige Verhalten der Reeder nachträglich legalisiert wurde. Die Oppositionsparteien SPD, GRÜNE und LINKE schauten dem Treiben tatenlos zu.

Nach und nach wurden dann auch noch die letzten Barrieren beiseite geräumt. Die Schiffsbesetzungsverordnung, die noch ein Mindestmaß an deutschen Seeleuten auf deutschen Schiffen vorschrieb, wurde filetiert und nach und nach bis zur Unkenntlichkeit geändert.

Seit 2012 ist die Ausbildung und Beschäftigung und die Anzahl der Schiffe unter deutscher Flagge kontinuierlich zurückgegangen. Zum 30.06.2023 betrug die Zahl der unter deutscher Flagge fahrenden Seeschiffe abzüglich der Fähren, Bunkerboote, Touristenschiffe und Angelboote noch 187 in der internationalen Fahrt, die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in der Seeschifffahrt am 31.12.2022 noch ganze 102.

Es gibt nicht wenige Stimmen an der Küste, die vor dem endgültigen Verlust von maritimer Kompetenz, von Wissen und Fähigkeiten warnen. Bisher ohne jeglichen Hoffnungsschimmer auf Änderung.

Foto: Global Partnership (unten), Hapag-Lloyd (oben)

Die Tonnagesteuer

Die Tonnagesteuer (§ 5a EStG) ist eine besondere Art der Gewinnermittlung für Handelsschiffe im internationalen Verkehr. Sie wird nur auf Antrag angewendet. Nach einem solchen Antrag erfolgt eine pauschale Versteuerung nach der Größe des jeweiligen Schiffes. In der überwiegenden Zahl der Fälle kommt es dadurch regelmäßig zu er-heblichen Steuervergünstigungen.
Zum Beispiel erzielte die Reederei Hapag-Lloyd 2022 einen Gewinn von € 17,5 Mrd. Dieser Gewinn bleibt nahezu steuerfrei, weil Hapag-Lloyd für jedes Schiff einen Antrag auf Tonnagesteuer gestellt hat und nunmehr nur noch eine geringe Abgabe auf die Größe der jeweiligen Schiffstonnage abzuführen ist – in diesem Fall € 206 Mio. Tonnagesteuer. Bezogen auf den Gewinn von € 17,5 Mrd. also etwas mehr als 1% an Steuern.

Hapag-Lloyd feiert sich für die „unternehmerische" Leistung!

LESENSWERT

Marlene Henrici

Eva-Maria Schnurr, Frank Patalong
Deutschland, deine Kolonien

256 Seiten
Deutsche Verlags-Anstalt
ISBN 978-3421070029
22,00 €

Bisher wurde im Geschichtsunterricht vermittelt, dass Deutschland eine kleine Kolonialmacht war. Gerne wird darauf verwiesen, dass Deutschland sich zivilisierter verhalten hätte als andere Länder. Dass das eine Legende ist, wird in dem vorgestellten Buch „Deutschland, deine Kolonien“ deutlich. Es kommen Menschen aus den ehemaligen Kolonien zu Wort. So wird aus ihrer Perspektive geschildert, was der Kolonialismus für sie und ihr Leben bedeutete. Diese Erfahrungen wirken bis heute nach. Die namibische Künstlerin Vitjitua Ndjiharine berichtet von ihrer ersten Frage an ihren Vater nach der Kolonialzeit. Er sagte: „Die Weißen nahmen uns unseren Glauben. Sie gaben uns Bibeln, sagten, wir sollten unsere Augen schließen. Dann nahmen sie uns das Land weg.“

Spannend finde ich die Chronik. Hier wird deutlich, dass der Rassismus tief in der Gesellschaft verankert war. Schon 1528 wurde durch Kaufleute in Venezuela ein Handelsstützpunkt gegründet. Die gesamte Gesellschaft profitierte von dieser Politik.
Auch die Rolle Bremer Kaufleute in Namibia und der Verdienst am Sklavenhandel wird beschrieben.

Der brutale Völkermord an den Nama und Herero im damals Deutsch Südwestafrika genannten Gebiet – heute Namibia – wirkt bis heute nach.

Dieses Vorgehen war nur möglich, da ein weit verbreiteter Glaube an die Überlegenheit des „weißen Herrenmenschen“ vorherrschte. Biologen und Ärzte versuchten, mit der Rassenlehre die Theorie der Unterlegenheit anderer Völker zu belegen. Diese Gedanken wurden unter den Nationalsozialisten weiter verbreitet und stießen auf große Resonanz bei der Bevölkerung.

Ein lesenswertes Buch, da deutlich wird, woher der Rassismus kommt und wie tief er in unserer Gesellschaft bis heute noch verankert ist.

Hier in Bremen gibt es den Nelson Mandela Park mit dem Elefanten als Antikolonialdenkmal. Alljährlich wird an den Völkermord in Namibia mit einer Gedenkveranstaltung erinnert – in diesem Jahr am 12. August. Zur Einweihung der Gedenktafel im Park 1996 war Namibias erster gewählter Präsident Sam Nujoma anwesend.

Foto: Dr. Eva Schöck – Quinteros Privatarchiv

Te recuerdo Chile 1973 - 2023
50 Jahre nach dem Putsch

Te recuerdo - ich erinnere mich an dich
Am 11. September 1973 wurde die demokratisch gewählte Regierung der Unidad Popular und ihr sozialistischer Präsident Salvador Allende durch einen brutalen Angriff des Militärs gestürzt. Tausende Menschen wurden in das Nationalstadion und in andere Konzentrationslager verschleppt, gefoltert und ermordet. Unter ihnen die Stimme der Unidad Popular – der bekannte Musiker Victor Jara.

Die Junta unter General Augusto Pinochet konnte sich 18 Jahre an der Macht halten: Nicht zuletzt dank der Unterstützung der US-Regierungen (vor allem Nixon und Kissinger) und des CIA. Für viele Chileninnen und Chilenen blieb nur der Weg ins Exil.

Auf den Putsch in Chile wurde in Europa mit Protesten, Demonstrationen und Solidaritätsveranstaltungen reagiert. In Bremen unterstützten viele Menschen die Verfolgten der Militärjunta.
Dank Hans Koschnick, Präsident des Bremer Senats, öffnete sich Bremen schnell für Geflüchtete aus Chile und vermittelte ihnen Wohnungen und Arbeitsplätze. Die Universität Bremen stellte 15 von ihnen ein. Gewerkschaften und Kirchengemeinden engagierten sich mit großem Einsatz für die Exilchilenen und Exilchileninnen.

Am 10. und 11. September 2023 wurde im Rahmen einer zweitägigen Solidaritätsveranstaltung in der Kulturkirche St. Stephani an die Ereignisse im September 1973 erinnert.

IMPRESSUM

Die Zeitung wird gefördert durch
DGB Stadtverband Bremen, EVG Bremen, GEW Bremen, IG Metall Bremen, NGG Bremen und ver.di Bremen.

Über weitere Mitarbeiter:innen würden wir uns freuen. Kritik und Anregungen sind uns immer willkommen.

HERAUSGEBER & KONTAKT
Arbeitskreis DGB-Senior:innen Bremen
c/o Gerd Bohling, DGB-Haus Bremen
Bahnhofsplatz 22-28 · 28195 Bremen
E-Mail: wir@aulbremen.de

V. I. S. D. P.
Jens Tanneberg · Tel. 0421 960 890
Bildungsvereinigung Arbeit und Leben (DGB/VHS) e. V. Bremen

REDAKTION
Wolfgang Bielenberg (GEW), Gerd Bohling, Udo Hannemann, Hugo Köser, Hermann Wilkening (IGM), Cornelia Förster-Bonomo, Wolfgang Schröder (NGG), Willi Derbogen, Marita Froese-Sarimun, Marlene Henrici, Traudel Kassel, Bernd Krause, Reiner Meissner, Margot Müller, Günther Wesemann, Manfred Weule, Brigitte Wilkening (ver.di)

GESTALTUNG
Svenja Kerkhoff
handwerk – idee + design
www.handwerk-sk.de

DRUCK
Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier, Blauer Engel-zertifiziert

WIRmachenDRUCK GmbH
www.wir-machen-druck.de

Frühere WIR-Ausgaben unter
➔ www.aulbremen.de/projekt/senior-innenzeitung-wir

30 September 2023

Veranstaltung zum Internationalen
Tag der älteren Generation
International Day of Older Persons

Die StelzenSippe

Wir machen uns stark für ein selbstständiges und selbstbestimmtes Wohnen und Leben in einer vertrauten Umgebung.

Samstag, 30.September 2023
11:00-14:00 Uhr
Bahnhofsplatz Bremen

Internationaler Tag der Älteren Generation

In Bremen haben sich seit vielen Jahren Menschen aus Gewerkschaften, Kirchen, Vereinen, Selbsthilfegruppen, Organisationen und den Seniorengruppen von Parteien & Verbänden zusammengeschlossen, um gemeinsam für die Rechte der älteren Generation zu kämpfen.

Sa., 30. September 2023 · Bahnhofsvorplatz Bremen
Programm-Bühne 11 bis 14 Uhr:
Begrüßung · Vorträge · Musik · Kultur

- Begrüßung/Moderation
  Daniela Teppich und Gabi-Grete Kellerhoff
- Jörn Hermening – Ortsamtsleiter Bremen Hemelingen
- Anne Pawlitz – Leiterin Bundessenioren der EVG für den DGB
- Musikgruppe „Pflegenotstand"*
- Die StelzenSippe: „Auswandern ist keine Alternative"
- Clownsfrauen – Beginenhof
- Danz op de deel
- weitere Beiträge in Planung

Außerdem gibt es Stände der verschiedenen Organisationen mit Informationen, Austausch und Aktionen.

Wir *Älteren in den Gewerkschaften in Bremen und Bremerhaven*

Ausgabe 50 erscheint im Januar 2024

Frühere WIR-Ausgaben unter
➜ www.aulbremen.de/projekt/senior-innenzeitung-wir